



**Geschäftsführung  
Gesundheitsausschuss**

Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.fuchsberger-meyer@stadt-koeln.de

Datum: 04.10.2010

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 07.09.2010, 17:10 Uhr bis 19:40 Uhr, , Berufsfeuerwehr Köln Führungs- und Schulungszentrum (Ebene 1, Raum 111) Scheibenstraße 13 50737 Köln Weidenpesch

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Paetzold SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Katrin Barion	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Uschi Röhrig Die Linke.Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Thomas Jentgens	SPD	
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU	ab 17:18 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen	

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Dr. Peter Krebs	Auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis



RM Frau Gärtner fragt nach, wann zur Anfrage der CDU-Fraktion „Chemie im Dialog“ (Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010) eine Antwort der Verwaltung vorgelegt wird.

Die Verwaltung teilt mit, dass in der nächsten Ausschusssitzung die Stellungnahme zur Kenntnis gegeben werde.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

0.1 Vorstellung der Feuerwehr Köln - Kurzvortrag von Herrn Direktor Neuhoff (ohne schriftliche Vorlage)

Nach der Sitzung besteht die Möglichkeit, an einer Führung durch die Räume von Krisenstab/ Feuerwehreinsatzleitung und der Leitstelle teilzunehmen sowie die Feuer- und Rettungswache 5 zu besichtigen.

0.2 Erfahrungsbericht über die Katastrophenschutzübung LÜKEX - Kurzvortrag von Herrn Oberbrandrat Dr. Schmidt (ohne schriftliche Vorlage)

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Beantwortung einer Anfrage vom RM Herrn Paetzold  
Hier: Weitere Anfrage zur Krankenhausumlage  
3094/2010

2.2 Pflegeberatungsstellen in Köln  
3323/2010

2.3 Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.03.2010, gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0526/2010)  
3515/2010

2.4 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld  
hier: Anfrage von RM Herrn Uckermann in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010  
3525/2010

- 2.5 Trinkräume für Köln  
3244/2010
- 2.6 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage  
3535/2010
- 2.7 Fahrzeugbeschaffung im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010  
3074/2010
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Beschluss 0801/2010 "Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010"  
AN/1285/2010
- 3.2 Umsetzung und Beachtung der aktuellen Hygienevorschriften an Kölner Krankenhäusern  
AN/1540/2010
- 3.2.1 Umsetzung und Beachtung der aktuellen Hygienevorschriften an Kölner Krankenhäusern hier: Stellungnahme der Verwaltung  
3757/2010
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
- 5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft  
1346/2010
- 5.2 Lieferung von Arzneimitteln für den Rettungsdienst der Stadt Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag  
3234/2010
- 5.3 Führerscheinausbildung für Brandmeisteranwärter für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes (praktische Ausbildung)  
3236/2010
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Einladung zu den Aktionstagen "gesund & mobil im Alter" am 29. +30. September 2010 im Gürzenich  
3262/2010

- 6.2 Pilotprojekt zur Steigerung der fachärztlichen Versorgung in Köln  
hier: Zwischenbericht der Verwaltung  
3404/2010
  - 6.3 Jahresbericht 2009 des Beratungsbusses B.O.J.E (Beratung und Orientierung  
für Jugendliche und junge Erwachsene)  
3517/2010
  - 6.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage vom 26.04.2010  
Einrichtung eines "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst" 2619/2010  
3059/2010
  - 6.5 Problematik PFT-haltiger Löschmittel bei den Kölner Feuerwehren
- 7 Mündliche Anfragen**
- 7.1 Patenprojekt für psychosozial belastete Familien

## I. Öffentlicher Teil

### A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold verpflichtet Herrn Dr. Peter Krebs zum sachkundigen Einwohner.

#### 0.1 Vorstellung der Feuerwehr Köln - Kurzvortrag von Herrn Direktor Neuhoff (ohne schriftliche Vorlage)

**Nach der Sitzung besteht die Möglichkeit, an einer Führung durch die Räume von Krisenstab/ Feuerwehreinsatzleitung und der Leitstelle teilzunehmen sowie die Feuer- und Rettungswache 5 zu besichtigen.**

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder für die interessante und informative Darstellung und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift beizufügen (Anlage 1).

Nach einigen Rückfragen der Ausschussmitglieder Herrn Dr. Krebs, Frau Röhrig, Herrn Dr. Zastrow, Frau Houben, Frau Barion und Frau Gärtner und der Beantwortung durch die Verwaltung, bleiben einige Fragen noch offen, deren Beantwortung die Verwaltung für die Sitzung am 28.09.2010 vorsehen wird:

SE Dr. Zastrow:

1. Die Rettungsdiensteinsätze zeigen von 1980 bis heute eine steigende Einsatzzahl. Wie haben sich die vorhandenen Ressourcen in diesem Zeitraum entwickelt?
2. In wie vielen Fällen wurde der Rettungsdienst nach ambulanten Operationen gerufen?

SB Frau Barion:

Wie hoch ist der Anteil der Verlegungstransporte durch den Rettungsdienst im Verhältnis zu den Verlegungen anderer Krankentransportunternehmen?

SE Frau Röhrig:

Welche Verlegungen erfolgen aus den öffentlichen Krankenhäusern und welche aus den privaten Kliniken?

RM Frau Gärtner bittet, die sieben zugelassenen Krankentransportunternehmen namentlich aufzulisten.

Danach gibt Herr Stadtdirektor Kahlen einen ausführlichen Überblick über die geplante Personalausbildung bei der Berufsfeuerwehr.

#### 0.2 Erfahrungsbericht über die Katastrophenschutzübung LÜKEX - Kurzvortrag von Herrn Oberbrandrat Dr. Schmidt (ohne schriftliche Vorlage)

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder für die aufschlussreiche und informative Darstellung und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift beizufügen (Anlage 2).

RM Frau Gärtner möchte wissen, ob die Krankenhausübung ausgewertet sei und die Beteiligten diese Auswertung bekommen haben bzw. an einer Nachbesprechung teilnehmen konnten.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Frage in der nächsten Ausschusssitzung beantwortet werde.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **2.1 Beantwortung einer Anfrage vom RM Herrn Paetzold Hier: Weitere Anfrage zur Krankenhausumlage 3094/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt die vorliegende Mitteilung:

Der Anteil der Stadt Köln beläuft sich für das Haushaltsjahr 2010 auf 10,9 Millionen Euro. Der Ansatz im Haushaltsplan-Entwurf berücksichtigt noch den auf Basis der Vorjahre ermittelten Betrag von 11,2 Millionen Euro. In Umsetzung der nun vorliegenden Festsetzung durch das Land wurde der Betrag im Veränderungsnachweis auf 10,9 Millionen Euro reduziert. Für die Folgejahre wurden nach dem Vorsichtsprinzip die bisherigen Werte von 11,2 Millionen Euro p.a. beibehalten.

### **2.2 Pflegeberatungsstellen in Köln 3323/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig möchte wissen, ob die Bürgerinnen und Bürger auch bezirksübergreifend Pflegeberatungsstellen aufsuchen können.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Frage zu.

RM Frau Schmerbach bezieht sich auf die Antwort der Verwaltung zu Punkt 4, da heißt es „...die Versicherten einen *gesetzlichen Anspruch* auf eine Pflegeberatung durch die Pflegekassen haben“. In derselben Stellungnahme auf die Nachfrage von Herrn Dr. Theisohn teilt die Verwaltung mit, dass die Pflegekassen die Pflegeberatung *bedarfsgerecht* zur Verfügung stellen. Das seien widersprüchliche Aussagen. Sie möchte von der Verwaltung wissen, was in diesem Zusammenhang bedarfsgerecht bedeute.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Frage zu.

**2.3 Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie**  
**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.03.2010, gem. § 4 der Geschäfts-**  
**ordnung des Rates (AN/0526/2010)**  
**3515/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner weist auf die Aussage von Herrn Stadtdirektor Kahlen im Rat hin, dass zunächst bis Ende 2010 die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle sichergestellt sei. Sie möchte von der Verwaltung wissen, wie der Stand der Angelegenheit ist.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass für zwei im Gesundheitsausschuss bereits diskutierte Projekte eine Konzeption vorgelegt und diese im Stadtvorstand erörtert werden soll. Er gehe davon aus, dass diese rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen vorliegen und spätestens im Finanzausschuss am 27.09.2010 diskutiert werden können.

RM Frau Schmerbach fragt an, welche Präventionsmaßnahmen zu ergreifen seien, um die Steigerung der Anzahl manifester psychischer Störungen zu verhindern.

Frau Dr. Bunte erläutert, als erstes sei zu klären, welche Erkrankungen vorliegen, um dann Aussagen zu präventiven Maßnahmen treffen zu können. Das Problem sei, dass derzeit viele Kinder nicht diagnostiziert werden können, weil die Eltern nicht in der Lage seien, die Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Ende des Jahres werden diese Aspekte sehr ausführlich in der Landesgesundheitskonferenz diskutiert werden. Hierbei spiele der Aspekt, dass eine dauerhafte Sicherung notwendig sei, eine bedeutende Rolle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ergänzt, dass dies ein fächerübergreifendes Thema sei. Neben der gesundheitlichen Versorgung müssen Maßnahmen der Prävention erarbeitet werden mit dem Ziel, Eltern möglichst früh ins Hilfesystem einzubinden. Hier sei die Clearingstelle ein guter Ansatzpunkt, die unter anderem auch mit dem Jugendamt zusammenarbeitet. Darüber hinaus werden weitere fächerübergreifende Kooperationen benötigt.

**2.4 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld**  
**hier: Anfrage von RM Herrn Uckermann in der Sitzung des Gesundheits-**  
**ausschusses am 06.07.2010**  
**3525/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.5 Trinkräume für Köln**  
**3244/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Schmerbach weist noch mal auf den Artikel im Spiegel hin. In Kiel gehe es nicht nur darum, dass Menschen in Räumen zusammen kommen und dort trinken dür-

fen, sondern auch um eine Kontaktaufnahme mit niedrighschwelligen Niveau. Sie fragt an, ob dies in Köln auch gewährleistet sei. Sie befürworte den Ansatz aus Kiel. Vielleicht komme man durch diese Vorgehensweise schneller und näher an die Betroffenen heran.

Herr Dr. Berger erläutert, in Köln gäbe es Treffpunkte für Alkoholranke, wie zum Beispiel den Vringstreff, in dem stundenweise Beschäftigungsangebote stattfinden.

Er kenne den Spiegel-Artikel und er habe auch mit den zuständigen Personen in Kiel und Dortmund gesprochen. In Dortmund werden Trinkräume als ordnungspolitische Maßnahme betrachtet. Er halte Trinkräume als niedrighschwelliges Hilfsangebot fachlich für nicht geeignet. Wenn Angebote mit sozialer Beratung vorgehalten werden sollen, werden ca. 150.000 Euro pro Standort benötigt. Ein trinkender Alkoholiker sei jedoch für Hilfen nicht zugänglich.

## **2.6 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage 3535/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben erklärt, dass es ihr darum gegangen sei, zu erfahren, ob es grundsätzlich die Möglichkeit gäbe und ob es eine denkbare Alternative sei, wenn die finanzielle Situation es zuließe.

Frau Dr. Klein weist auf das derzeitige Konzept „Keine Kurzen für die Kurzen“ hin. Gut laufen würde „Jeck Dance“, ein Baustein dieses Konzeptes. Prävention vor Ort fände das ganze Jahr über statt, sei jedoch nicht so öffentlichkeitswirksam wie „Jeck Dance“. Tatsache sei, dass die Jugendlichen aus den Stadtbezirken in die Innenstadt kämen. Von daher wurde dort vorrangig mit den Aktionen begonnen. Es sei angedacht, nach einer Analyse, in einigen Stadtbezirken mit hoch verdichteter Wohnbebauung und zahlreichen Jugendlichen, mit intensiveren Maßnahmen auch dort positive Effekte zu erzielen. Das setze natürlich entsprechende Ressourcen voraus.

SE Herr Dr. Krebs sieht hier auch die Karnevalsvereine gefordert und regt an, dass die Verwaltung mit ihnen die Problematik diskutieren sollte.

RM Herr Paetzold zeigt auf, dass das Kölner Festkomitee Mitveranstalter und finanzieller Unterstützer von „Jeck Dance“ sei.

## **2.7 Fahrzeugbeschaffung im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010 3074/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben äußert ihr Unverständnis darüber, dass bei der Beratung der Beschlussvorlage vor fünf Monaten die Verwaltung die Dringlichkeit der Beschlussfassung erläuterte, so dass die von ihrer Fraktion vorgesehene Vertagung zurückgezogen wurde. Nun wird heute mitgeteilt, dass eine europaweite öffentliche Ausschreibung erstellt wurde und die Veröffentlichung am 11.08.2010 erfolgte. Sie habe seiner-

zeit angenommen, die Ausschreibung wäre nach dem Ausschuss-Beschluss versandfähig.

Herr Rosenberger erklärt, die Abläufe im Zusammenhang mit einer Ausschreibung benötigen einen längeren Zeitraum. Deshalb habe die Verwaltung seinerzeit gebeten, die Beschlussvorlage nicht zu schieben, um nicht noch zusätzliche Zeit zu verlieren.

SB Frau Houben entgegnet, die Verwaltung habe ja nicht das erste Mal eine Ausschreibung vorgenommen. Von daher hätte bei der Beschlussfassung anders argumentiert werden müssen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bedauert, dass der Ablauf einer Ausschreibung bei der Diskussion zu der Vorlage nicht ausreichend deutlich gemacht wurde.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Beschluss 0801/2010 "Fahrzeugbeschaffungen im Rahmen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2010" AN/1285/2010**

siehe TOP 2.7

#### **3.2 Umsetzung und Beachtung der aktuellen Hygienevorschriften an Kölner Krankenhäusern AN/1540/2010**

##### **3.2.1 Umsetzung und Beachtung der aktuellen Hygienevorschriften an Kölner Krankenhäusern hier: Stellungnahme der Verwaltung 3757/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis (Anlage 3).

SB Frau Barion fragt nach, wie der Hinweis zu Punkt 4 „...zumindest eine nosokomiale Infektion zu erfassen und zu bewerten“ zu verstehen sei.

Herr Dr. Schoenemann erläutert: Entweder wird das Auftreten von Wundinfektionen nach einer ausgewählten Operation erfasst oder man beobachtet zum Beispiel die Patienten, die beatmet werden, ob sie eine Lungenentzündung entwickeln, oder die Patienten, die mit einem Blasenkatheter versorgt sind, ob eine Harnwegsinfektion auftritt.

Nach einer kurzen Diskussion der Ausschussmitglieder RM Herrn Paetzold, SE Herrn Dr. Krebs und SE Herrn Dr. Zastrow erläutert Frau Dr. Bunte, dass in den Krankenhäusern weiterhin eine problematische Situation bezogen auf die Hygiene und u.a. durch die Arbeitsverdichtung bestehe. Dies spiegele sich auch bei den Begehungen wider.

Es sollte bei der Diskussion beachtet werden, dass das Gesundheitsamt bezüglich der Krankenhaushygiene und nicht der Medizinproduktebetreiber-Verordnung beratend und sensibilisierend tätig sei. In Münster wurde im Rahmen des MRSA-Euregio-Projektes (multiresistente Erreger) festgestellt, dass

diese Problematik nur mit kontinuierlicher Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationärer Versorgung in kommunalen und regionalen Netzen möglich sei.

Das Gesundheitsamt habe bereits in der Juni-Sitzung bei der Diskussion über die Problematik der multiresistenten Staphylokokken dargestellt, dass es von großer Wichtigkeit sei, sich bestehenden Netzwerken anzuschließen. Eine Reduzierung dieser Infektionen könne nur durch andauernde Kommunikationsprozesse erreicht werden und nicht durch eine alleinige Registrierung von Fällen.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen werde diskutiert, ob die Stadt Köln sich dem Netzwerk Rheinland anschließt.

SB Frau Barion möchte wissen, wie die Verwaltung dazu stehe, dass die nosokomialen Infektionen meldepflichtig werden sollen.

Frau Dr. Bunte erläutert, bei einer 2007 vom damaligen Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (jetzt LIGA) durchgeführten Abfrage wurde festgestellt, dass die Krankenhäuser sehr unterschiedlich dokumentieren. Vorteilhaft wäre es, wenn es ein deutschlandweites System gäbe, damit eine Vergleichbarkeit gewährleistet wäre. Zurzeit gäbe es diese Systematik nicht. Das führe dazu, dass die Zahlen der Todesfälle nur geschätzt werden können (zwischen 18.000 und 40.000).

*Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold bittet die Verwaltung, die Abfrage in den Krankenhäusern zur Beschäftigung von Hygienefachkräften nach den neuen Richtlinien des Robert-Koch-Institutes im IV. Quartal dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis zu geben.*

*Die Verwaltung wird die entsprechenden Daten zu gegebener Zeit dem Ausschuss zur Verfügung stellen.*

SE Frau Röhrig fragt nach, wie die personellen Ressourcen im Gesundheitsamt zu beeinflussen seien, um die Umsetzung der Hygienevorschriften in den Krankenhäusern begleiten zu können.

Frau Dr. Bunte antwortet, dass überlegt werde, in der Hygiene spezialisierte Krankenpflegekräfte einzusetzen, die dann in Zusammenarbeit mit dem Arzt diese Aufgabe übernehmen können. Auch in den Altenpflegeeinrichtungen oder bei ambulanten Einrichtungen könnten sie unterstützend tätig werden.

Eine vom Gesundheitsamt aktuell erfolgte Ausschreibung für eine befristete Anstellung war leider erfolglos. Somit stehe dem Gesundheitsamt unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wie der Befristung kein entsprechendes Personal zur Verfügung.

SE Herr Eichmüller möchte wissen, ob es möglich wäre, die Aktion „Saubere Hände“ auch auf die städtisch betriebenen Einrichtungen, wie Altenpflege und Rettungsdienste auszuweiten.

Frau Dr. Bunte erklärt, für die Altenpflegeeinrichtungen habe das Gesundheitsamt mittlerweile Qualitätszirkel gebildet. Für darüber hinausgehende Bereiche sind die personellen Kapazitäten derzeit im Gesundheitsamt nicht ausgerichtet. Deshalb bestehe das hohe Interesse des Gesundheitsamtes, sich am bestehenden regionalen MRE-Netzwerk Rheinland zu beteiligen, da genau dort diese Themen bearbeitet werden. Die Beteiligung am „Hand-Kiss“ sei eine freiwillige Angelegenheit, und die Akzeptanz der Einrichtungen darauf sehr unterschiedlich.

SB Frau Houben regt an, da die Thematik ja die gesamte Bevölkerung angehe, mit der KVB zu sprechen, ob es möglich wäre, bei einer oder zwei Straßenbahnen mit dem Logo der Aktion „Saubere Hände“ für eine hohe Öffentlichkeitsbeteiligung zu werben.

Frau Dr. Bunte weist u.a. auf die anfallenden Kosten einer derartigen Aktion hin, es sei denn, die KVB wäre bereit, die Werbeflächen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

#### **5 Beschlussvorlagen**

##### **5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010**

RM Frau Gärtner bittet, die Beschlussvorlage zu vertagen, da ihre Fraktion sich mit dem Inhalt noch näher befassen wolle.

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Beschlussvorlage zu vertagen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

##### **5.2 Lieferung von Arzneimitteln für den Rettungsdienst der Stadt Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag 3234/2010**

RM Herr Strahl fragt nach,

1. ob durch die Verlängerung des Zeitraumes die europaweite Ausschreibung notwendig werde, die ja bekanntlich eine längere Zeit benötige.

2. § 14 des Arzneimittelgesetzes regelt die europaweite Ausschreibung und auch, dass Lieferant und Bezieher eine örtliche Nähe haben müssen. Die in der Krankenhausbetreuung erfahrenen Apotheken kommen in diesem Gesetz nicht vor. Sind der Verwaltung die Gründe dazu bekannt?

Die Verwaltung klärt ab, warum diese Formulierung gewählt wurde.

Herr Rosenberger erklärt zur Frage des 4-Jahresvertrages, dies hätte etwas mit arbeitsökonomischen Gründen zu tun. Eine Ausschreibung zu erstellen, mit Leistungsverzeichnis und Auswertung vorzubereiten, sei sehr arbeitsintensiv. Außerdem vergrößere sich in diesem Zeitraum auch die Liefermenge, so dass günstigere Preise erzielt werden können und der Arbeitsaufwand deutlich reduziert werde. Damit komme man auch über den Schwellenwert von 222.000 Euro.

SE Frau Röhrig erkundigt sich, ob auch die Krankenhausapotheke der Kliniken der Stadt Köln sich ebenfalls an der Ausschreibung beteiligen könne.

Die Verwaltung bejaht dies.

RM Herrn Paetzold fragt nach, warum die Kliniken der Stadt Köln als städtische Tochter es nicht selber machen können.

Herr Rosenberger antwortet, die Verwaltung sei zunächst auch von einem Inhouse-Geschäft ausgegangen. Die Anforderung nach der EU-Rechtsprechung sei jedoch nicht erfüllt, da die Kliniken im Wesentlichen Leistungen für die Patienten und nicht für den Besitzer Stadt Köln erbringen. Bei den AWB werden die Leistungen für die Stadt Köln erbracht, weil diese die Entsorgungspflicht habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, hier gelte die Rechtsprechung des OLG Celle, wonach 90% des Dienstleistungsumfanges für die Mutterorganisation (hier Stadt Köln) erbracht werden müsse. Dies sei bei den Abfallwirtschaftsbetrieben der Fall.

SB Frau Houben verweist darauf, dass auf dem Arzneimittelmarkt Preisbewegungen, teilweise auch nach unten, zu verzeichnen sind. Profitiert die Verwaltung auch bei einem abgeschlossenen 4-Jahresvertrag von diesen Schwankungen?

Herr Rosenberger erläutert, die Preisschwankungen werden in Rahmenverträgen berücksichtigt. Das Risiko sei beidseitig.

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Lieferung von Arzneimitteln für den Rettungsdienst der Stadt Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **5.3 Führerscheinausbildung für Brandmeisteranwärter für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes (praktische Ausbildung) 3236/2010**

SB Frau Houben würde gern wissen, ob alternativ bei anderen kommerziellen Fahrschulen Angebote eingeholt und verglichen wurden.

Herr Rosenberger antwortet, dass Preise von den Fahrschulen abgefragt und mit denen der AWB verglichen wurden. Im Ergebnis stellt die Zusammenarbeit der Verwaltung mit der AWB eine wirtschaftliche Lösung dar. Eine Ausschreibung hätte als Interessebekundungsverfahren durchgeführt werden müssen. Für die AWB sprach auch, dass sie sich bereit erklärt haben, die Führerscheinausbildung genau in den Zeitplan der Ausbildung für die Brandmeisteranwärter einzufügen.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass bei einer Direktvergabe immer darauf geachtet werde, die notwendigen Vorgaben einzuhalten.

## **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Führerscheinausbildung für die Brandmeisteranwärter für die Prüfungslehrgänge 2010 – 2014 an und beauftragt die Verwaltung, den Abschluss eines Vertrages zur Durchführung der Maßnahme mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG im Rahmen eines Inhousegeschäftes zu veranlassen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Einladung zu den Aktionstagen "gesund & mobil im Alter" am 29. +30. September 2010 im Gürzenich 3262/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.2 Pilotprojekt zur Steigerung der fachärztlichen Versorgung in Köln hier: Zwischenbericht der Verwaltung 3404/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig fragt nach dem weiteren Zeitplan.

Frau Dr. Bunte erläutert, die Stadt habe bei dieser Thematik keinen eigenen Gestaltungsspielraum. Deshalb sei die Arbeitsgruppe ein wichtiges Instrument, in der die Akteure etwas bewegen können. Darüber hinaus seien die Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung wichtige Partner. In der nächsten Kommunalen Gesundheitskonferenz soll der aktuelle Stand erneut dargestellt werden.

Herr Dr. Berger weist auf das hohe Arbeitstempo der Arbeitsgruppe hin. Innerhalb der nächsten 14 Tage werden die dort niedergelassenen Ärzte eingeladen. Ziel sei es, eine Art von Gründungsgemeinschaft für einen kooperativen Zusammenschluss zu installieren. Parallel dazu berechnet ein Institut der Kassenärztlichen Vereinigung, wie sich die finanzielle Situation darstelle.

### **6.3 Jahresbericht 2009 des Beratungsbusses B.O.J.E (Beratung und Orientierung für Jugendliche und junge Erwachsene) 3517/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold dankt der Verwaltung im Namen des Ausschusses für den Bericht und für die geleistete Arbeit und bittet die Verwaltung, den

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank und den Respekt des Ausschusses zu übermitteln.

#### **6.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage vom 26.04.2010 Einrichtung eines "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst" 2619/2010 3059/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis (Anlage 4).

#### **6.5 Problematik PFT-haltiger Löschmittel bei den Kölner Feuerwehren**

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert den Ausschussmitgliedern die als Tischvorlage vorgelegte Presseerklärung vom 03.09.2010 (Anlage 5). Er erinnert an die Erörterung in der Juni-Sitzung. Offensichtlich sei der Verursacher der Verunreinigung des Grundwassers und des Wassers zweier Baggerseen in Köln-Meschenich gefunden.

Herr Kahlen bestätigt, dass die Berufs- und die Freiwillige Feuerwehr diese Löschmittel nicht verwenden. Eine Umfrage ergab, dass von insgesamt 12 Werkfeuerwehren 10 Unternehmen flourhaltige Löschschäume für den Brandfall bevorraten. Der Einsatz derartiger Löschschäume werde insbesondere in industriellen und chemischen Betrieben verwandt. Diese Betriebe verfügen in der Regel über Einrichtungen zur Löschwasserrückhaltung. Damit werde ausgeschlossen, dass die Löschschäume ins Grundwasser gelangen. Bestimmte Werkfeuerwehren vertreten die Auffassung, dass die Feuerlöschschäume ohne gleichwertige Alternative seien, weil sie in der Struktur eine effektivere Brandbekämpfung ermöglichen.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass der Umweltausschuss in der nächsten Sitzung ebenfalls informiert werde.

### **7 Mündliche Anfragen**

#### **7.1 Patenprojekt für psychosozial belastete Familien**

RM Frau Schmerbach interessiert, ob inzwischen Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Fortführung des Projektes gefunden wurden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt die Wichtigkeit des Themas. Das Problem sei derzeit die finanztechnische Seite bei einer Übernahme des Patenprojektes vom Landschaftsverband. Die Verwaltung sei in der internen Abstimmung, ob und inwieweit die Maßnahme zum Beispiel für Kölner Kinder übernommen werden könne. Aus Sicht der Jugendhilfe müsse die Stadt gegebenenfalls im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe in diese Familien hineingehen.

RM Herr Peil erläutert dazu, es gehe bei dem Projekt ja nicht darum, dass Kinder psychisch kranker Eltern präventiv betreut werden. Der Haupteffekt des Projektes sei, das, was mit den Kindern passiere, wenn die Eltern behandlungsbedürftig seien und sich nicht selber helfen können, weil sie entweder stationär untergebracht oder weil sie in einer Situation sind, in der sie ihren Elternpflichten nicht nachkommen können. Hier habe der Landschaftsverband gezeigt, dass durch Bürgerengagement die statio-

näre Unterbringung verhindert werden könne. Eigentlich sei es aber originär eine Aufgabe der Jugendhilfe.

Herr Dr. Berger berichtet, dass die Gesundheitsverwaltung sich bereits vorher im Rahmen der Koordination und Nachsorge bei psychischen Erkrankungen mit der Thematik befasst habe. Inhalt sei die Koordination der Hilfen, der Betreuung bei dem Patientenprojekt sowie einer aktuellen Projektausschreibung des LVR. Die operativen Aufgaben liegen bei dem freien Träger Sonnenberg, der auch Partner im Sozialpsychiatrischen Zentrum Kalk ist. Der Stadt entstehen keine Kosten. Die Gesamtkoordinierung werde vom Gesundheitsamt wahrgenommen.

---

Paetzold  
(Ausschussvorsitzender)

---

Fuchsberger-Meyer  
(Schriftführerin)